

Für eine ehrliche Klimapolitik

Unsere Forderungen für ein lebenswertes Bremen und ein lebenswertes Deutschland
Leitantrag des außerordentlichen Brementags am 8. September 2019 in Bremen

I. Präambel

Für die Mehrheit der Deutschen und der Bremer ist das Thema Klimapolitik die größte Herausforderung der kommenden Jahre. Wir alle spüren die Auswirkungen des Klimawandels: Wir erleben die heißesten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, vermissen den Regen für unsere Felder und Gärten und müssen damit rechnen, dass diese Wetterereignisse sich in Zukunft mehren werden. Der Klimawandel wird unsere Lebensumwelt konkret verändern und die Weiterführung unseres derzeitigen Lebensstils erschweren.

Der anthropogene Kohlenstoffdioxid-Ausstoß trägt maßgeblich zum Klimawandel bei. Der Ausstoß von CO₂ muss daher grundsätzlich reduziert werden und es müssen Anreize für CO₂-freundliches Verhalten gesetzt werden.

Wir sehen es daher als essenzielle Aufgabe der Politik, sich intensiv mit dem Thema Klimawandel zu beschäftigen und Lösungen zur Reduzierung von Treibhausgasen zu entwickeln und umzusetzen. Wir müssen die im Pariser Abkommen gesetzten Klimaziele einhalten und wollen Deutschland wieder zum Vorreiter in puncto Klimaschutz machen.

Wir begrüßen daher das Engagement und die Motivation der Bewegung *Fridays for Future*, halten den Großteil der von der Bewegung aufgestellten Forderungen jedoch für nicht tragfähig oder optimierungsbedürftig. Insbesondere setzen wir uns gegen unnötige Verbote und für eine ehrliche Klimadebatte ein: Klimaschutz bedeutet einen Mehraufwand für die Gesellschaft und muss für alle Bevölkerungsschichten tragbar sein.

II. Verkehr

Der Verkehr ist für 18% Prozent¹ der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich und bietet daher erhebliche Einsparpotentiale. Pkw und Lkw emittieren heute im Durchschnitt weniger Treibhausgase und Luftschadstoffe als noch 1995. So sanken die kilometerbezogenen bzw. spezifischen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid im Schnitt bei Pkw um 15 Prozent, bei Lkw um 30 Prozent. Weil aber mehr Lkw unterwegs sind bzw. ihre Verkehrsleistung zugenommen hat, sind die absoluten Kohlendioxid-Emissionen im Straßengüterverkehr heute um 20 Prozent höher als 1995.² Um wieder mehr Ladung auf die Schiene zu bekommen und so die Zahl der LKW zu reduzieren, fordern wir verstärkte Investitionen in das Schienennetz.

Aufgrund der mangelhaften ÖPNV-Anbindung in weiten Teilen Bremens und Bremerhavens sowie der unzureichenden Verknüpfung mit der Infrastruktur des Niedersächsischen Umlands sind viele Menschen auf das Auto angewiesen. Wir fordern daher, dass der ÖPNV mit ausreichenden Park-and-Ride Kapazitäten in Bremen und Bremerhaven weiter ausgebaut wird und die Qualität systematisch verbessert wird. Dazu gehört auch der Ausbau der WLAN-Abdeckung im ÖPNV. Ebenso müssen die ÖPNV-Projekte, wie die Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 in die Gemeinden Stuhr und Weyhe endlich umgesetzt werden. Ebenso sollte auch über kreative Lösungen wie vermehrte kostengünstige Bikesharing-Angebote, Mitfahrbänke und Fahrdienste

¹ Umweltbundesamt aus dem Jahr 2016

² Die gesamten Kohlendioxid-Emissionen des Pkw-Verkehrs sind zwischen 1995 und 2017 um 0,5 % angestiegen, die spezifischen Emissionen, also die Emissionen pro Verkehrsaufwand, sind jedoch um rund 15 % gesunken. Die gesamten Stickstoffoxid-Emissionen aus Pkw sind von 1995 bis 2017 um 48 % gesunken, die spezifischen Stickstoffoxid-Emissionen hingegen um 56 %.

Bei den Partikelmasse-Emissionen aus Pkw steht eine Minderung um nahezu 76 % bei den Gesamtemissionen einer Minderung von 79 % bei den spezifischen Emissionen gegenüber; Quelle: TREMOD, Umweltbundesamt.

wie MOIA nachgedacht werden. Zudem muss der ÖPNV bezahlbar sein: Wir fordern daher ein 365-Euro Jahresticket für junge Menschen, Berufstätige und Senioren. Zudem sollen Radwege weiter ausgebaut werden. Des Weiteren fordern wir, dass auf Bundesebene weiterhin darauf hingewirkt wird, Bremerhaven wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn in Form eines ICE-Anschlusses anzubinden.

Als Junge Union Bremen erkennen wir jedoch auch an, dass nicht jede Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt werden kann und das Auto für viele Menschen in Bremen und Bremerhaven bislang unverzichtbar ist und bleiben wird. Daher sprechen wir uns gegen Fahrverbote und gegen eine generell autofreie Innenstadt aus. Davon sind mögliche Erweiterungen der Fußgängerzonen ausgenommen. Wir setzen uns für die intensive Erforschung und Weiterentwicklung der Elektromobilität ein, unabhängig davon, ob die notwendige Energie von einer Batterie oder einer Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle bereitgestellt werden soll. Weiterhin sind wir von der Kreativität deutscher Ingenieure überzeugt und können uns auch Verbrennungsmotoren mit Biomethan oder synthetischen Kraftstoffen, bspw. aus Klärschlamm³ gewonnen, vorstellen.

Das Land Bremen kann dabei eine Vorreiterrolle in Deutschland einnehmen. Wir fordern, dass Bremerhaven zum Innovationshub für Wasserstofftechnologie wird und dort Forschungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll Wasserstoffherzeugung von der EEG-Umlage befreit werden.

Der Umstieg auf Pkw mit alternativen Antrieben kann jedoch nur gelingen, wenn in Bremen und Bremerhaven ausreichend Ladestationen und Wasserstofftankstellen bereitgestellt werden. Durch das schnellere Bearbeiten und Fertigstellen von Baustellen und ähnlichem sollen zudem weniger Staus entstehen und somit weniger Abgase in die Umwelt gelangen. Bremen befindet sich im aktuellen Länderranking "Mobilität und Umwelt 2018/19" auf dem sechsten Platz und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr weder verschlechtert noch verbessert. Bremen muss in diesem Bereich Innovationen weiter voranzutreiben.

Die Möglichkeit zu reisen und zu fliegen ist in unserer Gesellschaft fest verankert. Wir lehnen daher pauschale Flugverbote ab. Wir erkennen jedoch an, dass insbesondere Kurzstreckenflüge für einen überproportional großen CO₂-Ausstoß sorgen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Bahnfahren auf diesen Strecken attraktiver gemacht wird. Dies soll mithilfe einer Senkung der Mehrwertsteuer von 19% auf 7% geschehen. Zudem setzen wir auf Streckenausbau und eine dichtere Taktung der Zugfahrpläne.

Wir fordern zudem den Staat auf, in die Erforschung in alternative Flugzeugantriebe zu investieren. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Preisstabilität für Flugtickets unabhängig von Ziel und Distanz durch einen Verzicht auf einen Mindestpreis und eine weitere steuerliche Belastung zu gewährleisten. Darüber hinaus soll geprüft werden, welche Mittel der Staat zur Attraktivitätssteigerung anderer Alternativen hat. Zum Bsp. Können Steuerbefreiungen in der Luftfahrt zum Transport von Personen aus der Steuerbefreiung gemäß § 27 Absatz 2 EnerStG rausgenommen werden. Es wird davon ausgegangen, dass durch diese Vorschrift auf ein Steuervolumen von ca. 530 Mio. € verzichtet wird.⁴ Auch soll die Umsatzsteuerbefreiung für Luftfahrt für die Umsätze des Personentransportes geprüft werden. Weiterhin steuerbefreit sollte die Lieferung von Waren durch den Luftverkehr sein, da dies aus Kostengründen zumeist für verderbliche Lebensmittel und standortsichernde Waren genutzt wird und es aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen keine Verteuerung von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und die Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland geben darf.

III. Bau und Wohnen

Insbesondere für Heizen wird in Deutschland viel Energie verwendet. Wir begrüßen daher die Forderung der CDU-Parteispitze, eine Ölheizungsabwrackprämie einzuführen. Zudem fordern wir, dass die energetische Sanierung von Gebäuden steuerlich begünstigt oder staatlich bezuschusst wird. Auch fordern wir die Schaffung von Photovoltaikpanels auf öffentlichen Bremer Gebäuden und die dadurch resultierende Nutzung von Solarenergien seitens des Staates. Der Staat sollte als gutes Beispiel voran

³ Die (katalytische) Direktverölung soll feste Abfälle, meist in einem Schritt und häufig unter Einsatz von Katalysatoren, zu flüssigen Kohlenwasserstoffen umwandeln. Die Produkte sollen treibstoffähnliche Eigenschaften besitzen und als Dieseleratz verwendet werden können. Sogenannte HTC-Prozesse (hydrothermale Karbonisierung) werden vorzugsweise für die Behandlung von (nassen) Bioabfällen und (Klär-)Schlämmen herangezogen. Dabei werden die Reststoffe in flüssiger, wässriger Phase unter Druck in ein Karbonisat umgewandelt, dass eine optimierte energetische oder stoffliche Nutzung erlauben soll.

⁴ Siehe hierzu Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2013 bis 2016 (25. Subventionsbericht), S. 307

gehen. Für Privatpersonen fordern wir zudem die weitere einkommensteuerliche Entlastung für Einkünfte aus diesen Photovoltaikpanels.

IV. Grünes Bremen

Der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre kann durch eine massive Aufforstung wirksam reduziert werden. Dazu muss jedes Land seinen Anteil beitragen. Als Junge Union Bremen pflanzen wir daher für jedes neue Mitglied in unserem Freundes- und Fördererkreis einen Baum. Auch das Land Bremen muss sich jedoch für eine weitere Aufforstung einsetzen. Dazu kann insbesondere die Fläche der ehemaligen Rennbahn in Bremen-Vahr dienen. Wir fordern, hier eine Naturerholungsfläche mit einem Waldstück zu bauen. Auch unterstützen wir das sogenannte „Einheitsbuddeln“, bei dem am Tag der deutschen Einheit jeder Bürger einen Baum pflanzen soll. Außerdem fordern wir das Begrünen der Bus- und Bahnhofstestellen sowie ausgewählter Dächer von Gebäuden in öffentlicher Hand. So können zusätzlich auch weitere Rückzugsorte für Insekten geschaffen werden.

V. Ernährung

Als Junge Union Bremen lehnen wir Ernährungsverbote und zwingende „Veggie days“ ab. Vielmehr wollen wir auf Aufklärungskampagnen zu klimafreundlicher Ernährung setzen. Wir fordern zudem, dass Obst und Gemüse aus der Region steuerlich begünstigt werden. Eine Fleischsteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir uns durch die Abschaffung der 1. Stufe der Haltungsform und damit für eine gesündere Ernährung aufgrund von weniger Stresshormonen und Antibiotika im Fleisch sowie das Tierwohl einsetzen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass eine Klimaampel entwickelt wird, die dem Verbraucher anzeigt, wie umweltfreundlich die Herstellung und der Transport des Lebensmittels sind.

Wir setzen uns als Junge Union Bremen für das Ermöglichen des „Containern“ an Abfallcontainern von Supermärkten in zeitlich begrenzten Rahmen ein, zum Beispiel in den Abendstunden. Den Supermärkten soll dadurch die Möglichkeit gegeben werden, das „Containern“ zu regulieren und ggf. zu maßregeln. Wir betrachten Containern nur als Notlösung und fordern, dass Supermärkte zukünftig verstärkt mit Hilfsorganisationen zusammenarbeiten. Dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Wir fordern die Begünstigung für Verbrennung von Klärschlamm, damit die Felder nicht mit Abwasser weiter belastet werden und Antibiotika und Arzneireste nicht in den Lebensmittelkreislauf zurückgelangen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass eine Verbrennungsanlage für Klärschlamm in der Region gebaut wird.

VI. Wirtschaft und Häfen

Allein kann Deutschland den Klimawandel nicht aufhalten. Insbesondere die USA, China und Indien emittieren überproportional viel CO₂ in die Atmosphäre. Wir fordern daher, dass Deutschland die Einhaltung von Klimaschutzziele in den von der EU geschlossenen Handelsverträgen einfordert. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch global ein Umdenken im Klima stattfindet.

In den Häfen wird zudem viel CO₂ ausgestoßen, da anliegende Schiffe nicht mit Landstrom versorgt werden. Wir fordern, dass der Bremer Hafen hier Vorreiter in Deutschland wird und bis 2023 alle anliegenden Schiffe mit Landstrom versorgt werden. Dieser soll als finanzieller Anreiz von der EEG-Umlage befreit werden. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der International Maritime Organisation, den maximal zulässigen Schwefelgehalt von Marinetreibstoffen von 3,5 % auf 0,5 % zu senken. Dabei würde die Umstellung von Schweröl auf Schiffsdiesel den technisch einfachsten Weg darstellen.

Wir setzen uns zudem zum Wohle der betroffenen Bremer Bürger für eine arbeitnehmerfreundliche Handhabung von Arbeitsplätzen in klimaschädlichen Unternehmen ein und setzen auf langfristige innovative Ideen.

VII. Energie und Strom

Wirksame Anreize werden diesbezüglich von der EU im Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) gesetzt. Die dort ausgegebenen Emissionszertifikate betreffen jedoch nur 45 Prozent der CO₂-Emissionen und sind daher nicht weitgehend genug. Wir müssen uns darum in Deutschland und Europa die Frage stellen, wie ein wirksamer Anreiz zu einem umweltfreundlichen Handeln aussehen kann. Als wirksamer Ansatz ist dabei insbesondere die Bepreisung der nicht vom EU-ETS erfassten Emissionen anzusehen. Die Bepreisung muss jedoch unabhängig von ideologischen Vorstellungen erfolgen und für Menschen in

Stadt und Land bezahlbar sein. Wir fordern daher die Einsetzung einer wissenschaftlichen Kommission auf Bundesebene, die bis zum Juni 2020 eine tragfähige und sozial verträgliche Bepreisung von CO₂ vorstellt, bei der es keine politischen Denkverbote und ideologische Schranken geben darf.

Erneuerbare Energien müssen zudem sinnvoller genutzt werden. Das gilt insbesondere für überschüssige Energie, die in Peakzeiten von Windkraftanlagen erzeugt wird. Heute werden Windkraftträder bei einer Überkapazität teilweise abgeschaltet. Dadurch wird wertvolle Energie vergeudet. Wir fordern, dass in Bremerhaven die Überkapazitäten von Seewindanlagen in Wasserstoff umgewandelt und so gespeichert werden.

VIII. Schulen und Bildung

Wir fordern, dass gerade in Schulen stärker über die Themen Nachhaltigkeit und Klimawandel aufgeklärt wird. Dies soll sowohl fest in den Unterricht in den Fächern Biologie, Geographie und Politik etabliert werden, als auch durch Workshops durchgeführt von Dritten geschehen. Hierbei sollte auch erläutert werden, inwieweit jeder einzelne Bürger die Möglichkeit hat, durch gezieltes Handeln positiv auf das Klima einzuwirken. So ist häufig unklar, ob z. B. Mülltrennung tatsächlich sinnvoll ist.

Durch das Etablieren des Konzepts einer „Klima-Schule“, orientiert am Beispiel Sachsens, soll die Thematik Klimawandel und Nachhaltigkeit langfristig fest in den Schulalltag integriert werden. Dies soll durch Klima AGs nach der Schule, durch das Anlegen eigener Gärten und damit die Produktion von regionalen Lebensmitteln, sowie durch ein erhöhtes Mitspracherecht der Schüler bei der Gestaltung eines klimafreundlichen Schulalltags ermöglicht werden.

IX. Forschung

Wir setzen uns zudem für die Unterstützung lokaler Institute und deren Ideen zur CO₂-Reduzierung ein. Hier ist insbesondere die Erforschung bestimmter Meeresalgen an der Jacobs University zu nennen. Diese können CO₂ aufnehmen und dieses so in Biomasse umwandeln, woraus wiederum Öl gewonnen werden kann. Die Jacobs University führt zudem international anerkannte Studien und Forschungen zum Aufhalten der Ozeanversauerung durch, um die Biodiversität der Ozeane zu erhalten. Diese und ähnliche Forschung muss verstärkt gefördert werden, um innovative Ideen für den Klima- und Umweltschutz zu entwickeln.